

LEITARTIKEL

Nicht die Fehler von 2020 wiederholen

Schärfere Testregeln für Reiserückkehrer bedeuten keine Impfpflicht durch die Hintertür

Den Sommer 2020 haben die Deutschen in bester Erinnerung. Nach dem harten Lockdown des Frühjahrs waren die Infektionsraten auf homöopathische Größenordnungen gesunken, der Kampf gegen das Corona-Virus schien gewonnen. Die Menschen gingen wieder aus, Familienfeste wurden nachgeholt und Millionen reisten in den Urlaub. Auch in der Politik folgte eine Zeit der Sorglosigkeit, die Warnungen vor einer Rückkehr des Virus waren vergessen.

Erst Anfang August schwante der Bundesregierung, welchen verheerenden Einfluss Reiserückkehrer auf das Infektionsgeschehen haben würden. Doch die hektisch verhängten Testpflichten kamen zu spät: Die Basis für die zweite Welle im Herbst war da längst gelegt.

In diesem Jahr glaubte die Politik, alles richtig gemacht zu haben. Die Einreiseverordnung re-



TIM SZENT-IVANYI
ksta-politik@
dumont.de

Ort mitunter sehr lockerer Umgang mit den nach wie vor nötigen Hygiene- und Abstandsvorschriften. Kurz gesagt: Eine Auslandsreise birgt für Ungeimpfte immer ein erhöhtes Ansteckungsrisiko – egal, wie Berlin das Urlaubsland nun gerade konkret eingestuft hat.

Bereits vor 14 Tagen hatte Gesundheitsminister Jens Spahn deshalb Pläne vorgelegt, um die Gefahren zu minimieren. Die Einreiseverordnung sollte bereits zu diesem Mittwoch so geändert werden, dass Ungeimpfte auch bei der Einreise aus Nicht-Risikogebieten generell einen negativen Corona-Test vorlegen müssen. Sicher, das hätte viele Reisende empfindlich getroffen, zumal Tests im Ausland oft nicht so leicht zu organisieren sind wie hierzulande.

Doch die Änderung ist dringend nötig – und anders als von SPD-Justizministerin Christine Lambrecht behauptet – auch verhältnismäßig. Erstens würde die Verschärfung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Infektionsgeschehen zu dämpfen. Denn Virologen warnen bereits, dass Reiserückkehrer auch in diesem Sommer gehäuft dazu beitragen, Infektionen nach Deutschland zu tragen. Zweitens kann der Großteil der Bevölkerung eine umfassende Testverpflichtung sehr einfach umgehen: durch eine Impfung. Schärfere Testregeln bedeuten im Übrigen auch keine Impfpflicht durch die Hintertür. Niemand wird zu einer Immunisierung genötigt, nur weil er sich nach einem Auslandsurlaub testen lassen muss.

Die Justizministerin sollte ihren Widerstand sofort aufgeben. Ansonsten wird wertvolle Zeit verspielt. Die Fehler von 2020 dürfen sich nicht wiederholen.

KOMMENTAR

Prävention statt Polizei

Zahl der Drogentoten erneut gestiegen

Es ist Zeit für einen Wandel in der deutschen Drogenpolitik. Wie bereits im Vorjahr ist die Zahl der Drogentoten in Deutschland im vergangenen Jahr erneut angestiegen – laut Bundeskriminalamt auf 1581. Das sind etwa 13 Prozent mehr als noch 2019. Und noch immer setzt die Bundesregierung, setzen auch die Länder auf eine Politik der Bestrafung.

Natürlich gehören der internationale Drogenhandel und die gewalttätigen und menschenverachtenden kriminellen Organisationen, die ihn betreiben, bekämpft. Das Vorgehen von Polizei und Justiz gegen Drogenabhängige und andere Drogenkonsumenten muss jedoch keine Selbstverständlichkeit sein.

In Portugal hat man das schon vor 20 Jahren erkannt und damals den Besitz aller Drogen für



FELIX HUESMANN
ksta-politik@
dumont.de

den eigenen Konsum entkriminalisiert. Bis zur Obergrenze von zehn Tagesdosen ist selbst der Besitz von Heroin und Kokain dort nur eine Ordnungswidrigkeit, der Handel wird dagegen weiter bekämpft. Statt einer Geld- oder Haftstrafe werden Drogenkonsumenten zu einem Beratungsgespräch verpflichtet und sie erhalten Therapieangebote. Der portugiesische Weg gilt als Erfolgsmodell, die Zahl der Drogentoten hat seitdem rapide abgenommen.

Auch für Deutschland wäre das nur wünschenswert: Bei Polizei und Justiz würden Ressourcen frei zum Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Und das Geld, das durch einen solchen Ansatz eingespart würde, wäre in Aufklärung, Präventionsmaßnahmen und Therapien für Abhängige besser investiert.



ES WIRD ENG

Thomas Plafmann

INTERVIEW

„Bischöfliche Dialog-Attrappen“

Mit dem „Synodalen Weg“ sollen die katholischen Laien ruhiggestellt werden – Die Kirchenverfassung schließt echte Reformen aus

Herr Professor Lüdecke, auf dem Synodalen Weg der katholischen Kirche in Deutschland hat sich einer der Federführenden, der Aachener Bischof Helmut Dieser, für Änderungen der Sexualmoral starkgemacht, etwa für die Anerkennung homosexueller Partnerschaften. Für wie realistisch halten Sie solche Vorstöße?

Das katholische Konzept mit „Respekt“ für Nicht-Heterosexuelle lautet: Gewaltfreie Diskriminierung. Der Katechismus mahnt, Homosexuelle nicht „ungerecht zurückzusetzen“. Was aber ungerichtet ist, das bestimmt das kirchliche Lehramt, bestehend aus Papst und Bischöfen. Im amtlichen Kompendium zum Katechismus werden homosexuelle Handlungen nach wie vor zusammen mit Pornografie, Prostitution und Vergewaltigung unter die Hauptsünden gegen die Keuschheit eingereiht. So viel zur Realität.

Bischof Dieser plädiert auch dafür, dass Sex außerhalb der Ehe nicht mehr „von vorneherein als Sünde“ qualifiziert werden sollte. Was ist davon zu halten?

Interessant finde ich, dass ein deutscher Bischof hier öffentlich für die Änderung eines Kerns der katholischen Sexualmoral eintritt. Das habe ich in dieser Deutlichkeit zuletzt bei dem französischen Bischof Jacques Gaillot erlebt, der 1995 von Papst Johannes Paul II. prompt abgesetzt wurde. Anders als Gaillot hat Bischof Dieser aber schon zu erkennen gegeben, dass er sich auf jeden Fall lehrkonform verhalten, also zum Beispiel keine homosexuellen Paare segnen werde – ohne die vorherige Erlaubnis aus Rom. Das kann den Eindruck nähren, dass sich auf dem Synodalen Weg alle paar Wochen mal dieser, mal jener Bischof ein bisschen liberal äußert, sich irgendetwas an Reformen „vorstellen kann“. Man pustet ein wenig in die Hoffnungsglut, damit die Laien nur ja bei der Stange bleiben.

Alles bloß Taktik der Bischöfe?

Möglicherweise ist auch Selbsttäuschung im Spiel. Bischof Dieser etwa muss sich ja darüber im Klaren sein, dass alle Beschlüsse des Synodalen Wegs in diesen Fragen – wenn sie denn überhaupt kommen – nicht mehr sind als ein Meinungsbild, das dann in Form von Bitten nach Rom weitergegeben wird. Bischof Dieser sollte mal darüber Auskunft geben, für wie wahrscheinlich er es hält, dass Rom auch nur einer einzigen dieser Bitten stattgeben wird.

Begründet das Ihr Misstrauen gegenüber dem Synodalen Weg?

Auf mein Zutrauen oder Misstrauen kommt es gar nicht an. Die Geschichte der letzten 50 Jahre zeigt vielmehr: Es gab immer wieder Gesprächsformate, die dem Synodalen Weg auf so frapierende Weise ähneln, dass ich mich an den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnert fühle: Immer wieder dieselben Dialog-Attrappen, die gleichen Partizipations-Gaukeleien,



NORBERT LÜDECKE

ist Professor für Kirchenrecht an der Universität Bonn. An diesem Mittwoch erscheint seine Streitschrift „Die Täuschung“ (Verlag wbg Theiss) über den Synodalen Weg.

die zu nichts geführt haben. Die jüngeren Teilnehmer des Synodalen Wegs können das noch nicht auf dem Schirm haben. Denen kann man keinen Vorwurf machen, dass sie sich von den Bischöfen und interessierten Laien vor den Karren spannen lassen. Aber die Älteren müssten es wissen und das Grund-Skript wiedererkennen.

Sind Ihre Kolleginnen und Kollegen, die sich am Synodalen Weg beteiligen, weniger scharfsichtig als Sie?

Fragen Sie sie selbst! Ich wundere mich jedenfalls, dass renommierte, respektable Kolleginnen und Kollegen zu glauben scheinen, mit erbaulichen Vokabeln und einer – vielleicht der letzten – Mobilisierung von Engagement ließen die Gläubigen sich bei der Stange halten, ohne das ausschlaggebende Problem, die Missbrauchskrise, im Sinne einer konsequenten Aufarbeitung in Angriff zu nehmen.

Erbauliche Vokabeln?

Meine besten gebildeten Kolleginnen und Kollegen reden von „communio“ (Gemeinschaft), ohne hinzuzufügen, dass es eine in das Korsett der hierarchischen Kirche gezwängte Gemeinschaft ist. Sie sprechen von „Partizipation“ der Laien, ohne zu konkretisieren und zuzugeben, dass damit keine echte Teilhabe im Sinne eines Rechts auf Mitbestimmung und gleichrangiges Entscheiden gemeint ist, sondern nur das Zugeständnis einer beratenden Stimme bei der Vorbereitung von Entscheidungen, dem „decision making“. Die Entscheidung selbst – das „decision taking“ – liegt einzig und allein bei den Bischöfen. Und alle wissen das.

Wenn die Kirchenverfassung das entscheidende Hindernis ist, wie ist dann Veränderung überhaupt noch möglich?

Nach den amtlichen Vorgaben in den Kernfragen gar nicht.

Aber es revolutionieren oder sprengen?

Ich wüsste nicht, wie das gehen sollte. Revolutionen führen zur Übernahme oder Umgründung. Das funktioniert katholisch nicht. Die Kirche exkommuniziert die Revoluzzer, spaltet sie ab und lebt – in sicher kleinerer Zahl – weiter.

Was also dann?

Ich empfehle nicht die eine oder andere kirchenpolitische Reaktion. Ich verlange nur, die Augen vor den Bedingungen der real existierenden Kirche nicht länger zu verschließen und das ungeschminkt Wahrgenommene nicht vorschnell wieder wegzuschieben, sondern an sich heranzulassen. Was immer der oder die Einzelne dann für sich entscheidet, verdient Respekt – wenn es sehenden Auges geschieht. Aber permanent über die Kirche jammern ohne einen Plan B, tut mir leid, dazu fällt mir nichts mehr ein.

Das Gespräch führte
Joachim Frank

KOMMENTAR

Viele Fragen sind offen

Chempark-Betreiber Currenta muss nach dem Unfall aufklären

BERT-CHRISTOPH GERHARDS

Diese Explosion wirkt wie ein Paukenschlag. Die Erschütterungen durch die Detonation im Entsorgungszentrum des Leverkusener Chemparks wurden noch in 40 Kilometern Entfernung gemessen, im ganzen Stadtgebiet von Leverkusen waren sie am Dienstagmorgen zu spüren gewesen. Doch dieser Knall, dem eine Rauchsäule gewaltigen Ausmaßes folgte, sollte auch eines ins Bewusstsein rufen: dass ein Chemiewerk kein Ponyhof ist.

Allerdings sind hier auch keine Pferdeflüsterer am Werk. Der Bayer-Konzern und die aus ihm hervorgegangenen Unternehmen arbeiten hoch qualifiziert und mit Sicherheitsstandards, die andernorts wünschenswert wären, aber nicht die Regel sind. Dennoch ist es nicht das erste Mal, dass Teile der Anlage ihren Betreibern um die Ohren fliegen.

1980 kam es an fast gleicher Stelle zu einer Explosion mit einem Toten und einigen Verletzten, 2010 ein weiterer Störfall. Die Verbrennung von Sondermüll bleibt ein Hochrisiko und wirft immer wieder neu die Frage nach ihrer Sicherheit auf.

So gab es keinen flächendeckenden Sirenen-Alarm. Und die Sperrung mancher Straßen in der Nachbarschaft wäre dringender gewesen als die der Autobahn 59, die nicht von den Rauchschwaden betroffen war.

Noch völlig ungeklärt ist die Frage nach der Gefährlichkeit der beim Brand freigesetzten Stoffe. Wenn Spielplätze sicherheitsshalber gesperrt werden und vom Verzehr von Obst aus dem Garten abgeraten wird, wirft das Fragen auf, die verunsichern und die der Antwort harren. Diese Aufklärung tut not. Sonst stimmt die Chemie nicht.

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f., Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Lutz Feierabend, Dr. Sarah Brasack.
Head of Digital: Martin Dowideit.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Köln: Christian Hümmeler (Leitender Redakteur); **Landeskorrespondenten:** Gerhard Voogt (Leitender Redakteur), Frank Olbert (Bildung); **NewsTeam:** Kendra Stenzel; **NRW/Story:** Claudia Lehnen; **Wirtschaft:** Thorsten Breikopf; **Sport:** Christian Löber; **Kultur:** Anne Burgmer; **Magazin:** Eva Fiedler, Jenny Meyszner; **Chefreporter:** Peter Berger, Detlef Schmalenberg, Karlheinz Wagner; **Art Director:** Nikolas Janitzki; **Produktion:** Klaus Schröder; **Regiodesk:** Michael Greuel, Christine Badke. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribyl; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damiir Fras; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.

Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221/224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven DuMont Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.

Verlagsgeschäftsführer: Mirco Striewski, Karsten Hundhausen (Mediaverkauf).
Leitender Vertrieb: Birgit Rollesbroich.

Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 1. Januar 2021 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen, Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de

Anzeigen-Service
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-2491
E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de